

**12/1993**

Generalsekretär Peter Hintze:

## Mit dem Thema Bildungspolitik für uns wichtige Wählergruppen gezielt ansprechen

Seit gut anderthalb Jahren führen wir in Deutschland wieder eine engagierte bildungspolitische Debatte. Sie ist von der CDU initiiert worden und hat mit unserem Kongreß „Zur Verantwortung erziehen“ Anfang März in Wiesbaden einen ersten Höhepunkt erreicht.

Jetzt kommt es darauf an, die Debatte in eine bildungspolitische Gesamtkonzeption einmünden zu lassen. Dieses Ziel wollen wir mit der Beratung und Beschlußfassung über ein neues bildungspolitisches Programm auf dem Berliner Parteitag vom 12. bis 14. September 1993 erreichen.

Zur Vorbereitung dieser Diskussion hat der Bundesausschuß Kulturpolitik den Entwurf eines neuen bildungspolitischen Programms erarbeitet. Dieser Entwurf ist in der jetzt vorliegenden Fassung vom Bundesvorstand zur Diskussion in den Gliederungen der Partei freigegeben worden.

Ich bitte Sie, diesen Entwurf in Ihren Gremien, aber  
(Fortsetzung Seite 2)

### Bundeskanzler Helmut Kohl:

**Bildungspolitik für den Standort Deutschland. Rede auf dem bildungspolitischen Kongreß der CDU am 5. März in Wiesbaden. Seite 3**

### HEUTE AKTUELL

#### ● CDU/CSU

Wolfgang Schäuble: Unsere Aufgaben sind groß, aber auch unsere Chancen. Brief des Vorsitzenden an die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seite 15

#### ● Solidarpakt

Erfolg für Deutschland. Bundesausschuß Wirtschaftspolitik zu den Ergebnissen der Solidarpakt-Klausur vom 11. bis 13. März. Seite 19

#### ● Standort Deutschland

Jürgen Rüttgers zur Gemeinschaftsinitiative Zukunftstandort Deutschland. Seite 22

#### ● Kündigungsfristen

10 Argumente zum Kündigungsschutz. Seite 24

#### ● Ideenbörse

Aktionsbeispiel aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz: Streitgespräch auf Landesparteitag. Seite 27

#### ● Dokumentation

Für die Humane Leistungsschule und ein leistungsfähiges Hochschulsystem. Diskussionsentwurf zur Vorbereitung des 4. Parteitags in Berlin. Grüner Teil

## Anträge bis 16. August

(Fortsetzung von Seite 1)

auch in offenen Veranstaltungen intensiv diskutieren zu lassen und auf dieser Grundlage Ergänzungs- und Änderungsanträge an den 4. Parteitag zu erarbeiten. Diese Anträge müssen der Bundesgeschäftsstelle bis zum 16. August 1993 vorliegen.

Die Bundespartei wird Ihre Diskussion vor Ort nach Kräften unterstützen. Zur Weitergabe und vor allem zur Arbeit mit Zielgruppen bieten wir den Text kostengünstig als Druck. Wer Teile des Entwur-

**Ab sofort in unserem  
Versandzentrum in  
Vermold zu bestellen:**

fes für bestimmte Gelegenheiten produzieren möchte, kann den Textbestand auch auf Diskette erhalten.

Ich habe Wert darauf gelegt, Ihnen diesen Entwurf bereits sehr frühzeitig zustellen zu können, damit Ihnen genug Zeit zur Diskussion bleibt. Ich bitte Sie herzlich: Nutzen Sie diese Zeit! Über das Thema „Bildungspolitik“ können wir für die Union wichtige Wählergruppen gezielt und erfolgreich ansprechen.

CDU-DOKUMENTATION 12/1993

Erziehung, Ausbildung und Bildung  
in unserer freiheitlichen Demokratie:

**Für die  
Humane  
Leistungsschule  
und ein  
leistungsfähiges  
Hochschulsystem**

Diskussionsentwurf  
zur Vorbereitung  
des 4. Parteitages,  
12. bis 14. Sept. 1993  
in Berlin



● Bestell-Nr.: 5586

Verpackungseinheit: 50 Exemplare

Preis je Verpackungseinheit:  
14,50 DM

Preis inklusive Versand zuzüglich  
Mehrwertsteuer.

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum  
Postfach 1328, 4804 Vermold  
Fax (05423) 41521**

## 15 Millionen Rentner erhalten ab 1. Juli mehr Geld

Zum 1. Juli werden die Renten angehoben: In Westdeutschland um 3,86 Prozent und in den neuen Bundesländern um 14,24 Prozent. Dies teilte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in Berlin mit. Damit erhöhe sich die verfügbare Standardrente (45 Versicherungsjahre mit durchschnittlichem Bruttoentgelt) am 1. Juli 1993 in den alten Ländern auf etwa 1.868 Mark und in Ostdeutschland auf etwa 1.357 Mark. Damit werden im Osten 72,7 Prozent der westdeutschen Standardrente gezahlt. Von der Rentenerhöhung profitieren in Westdeutschland 12,5 und in Ostdeutschland drei Millionen Rentner.

# „Bildungspolitik für den Standort Deutschland“

Zunächst will ich all denen danken, die mit ihren Referaten und Diskussionsbeiträgen dazu beigetragen haben, daß dieser Kongreß so interessant und anregend verlaufen ist. Aus meiner Sicht kann man die Bedeutung dieser beiden Tage hier in Wiesbaden für unsere Partei, aber auch für die politische Gesamtentwicklung in unserem Land gar nicht hoch genug einschätzen. Ich sage das bewußt gegen die weitverbreitete Neigung, alles, was mit Bildung, Ausbildung und Kultur zusammenhängt, in die Obhut der Fachleute abzuschieben. Für die CDU Deutschlands ist es geradezu existenziell, daß sie die Fragen von Bildung und Ausbildung als Themen ersten Ranges behandelt.

Sicherlich stehen im Augenblick angesichts der weltweit zu beobachtenden rezessiven Tendenzen Fragen der Ökonomie, der Arbeitsplatz- und der sozialen Sicherheit ganz oben auf der Tagesordnung. Aber es wäre äußerst kurzfristig, wenn man den engen, unauflösbaren Zusammenhang von Ökonomie und Bildungssystem übersähe. Deswegen ist das Thema „Bildung und Ausbildung“ so wichtig für unser Land und alle, die sich um seine Zukunft bemühen.

Die Beschäftigung mit diesem Thema reicht aber natürlich weit über die Ausbildung im engeren Sinne hinaus bis zu der Frage nach dem geistigen Koordinatensystem unseres Landes: Wie steht es um die Konsensfähigkeit hinsichtlich der Grund-

lagen unserer Verfassungsordnung? Wie ist es um die Verbindlichkeit unseres Wertekataloges bestellt? Deshalb verdient beispielsweise die aktuelle Diskussion im Zusammenhang mit der Überarbeitung unserer Verfassung höchste Aufmerksamkeit. Denn was hier zum Teil — leider von der Öffentlichkeit viel zu wenig beachtet — an Vorstellungen und Forderungen herumgeistert, markiert in meinen Augen den Weg zu einer anderen Republik.

Darum bin ich froh, daß wir in diesen beiden Tagen Gelegenheit haben, das Thema Bildungspolitik nachdenklich,

## Rede des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, auf dem bildungspolitischen Kongreß der CDU am 5. März 1993 in Wiesbaden

aber auch mit innerem Engagement zu behandeln. Denn hier geht es um eine Kursbestimmung für Jahrzehnte.

**Junge Leute zwischen 10 und 25 Jahren, über deren Bildung und Ausbildung wir heute diskutieren, werden erst weit im nächsten Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihres Lebens sein und die Entwicklung unseres Landes bestimmen. Deswegen ist das, was wir jetzt tun oder unterlassen, von allergrößter Bedeutung für die Zukunft.**

Dieser Kongreß soll deutlich machen, daß es bei der Sicherung des Standortes Deutschlands nicht nur um die ökonomischen, sondern auch um die immateriellen Grundlagen unserer Zukunftssicherung geht. Die Qualität des Standortes Deutschland hat zwar zu einem wesentlichen Teil etwas mit Steuerbelastung, mit Lohnnebenkosten, mit Arbeitszeit, mit Energie- und Umweltkosten zu tun — aber eben nicht ausschließlich! Ob Deutschland sich im weltweiten Wettbewerb behaupten kann, hängt auch von anderen Faktoren ab: von der Qualität unserer Ausbildungseinrichtungen, von Ausbildungszeiten, von der beruflichen Qualifikation der Menschen, von ihrer Flexibilität, Spontaneität, ihrer Weltoffenheit und ihrem Erfindungsgeist — nicht zu vergessen von „klassischen“ Tugenden wie Fleiß und Zuverlässigkeit, die man den Deutschen nachsagt.

Wir stehen heute in einem schärfer werdenden internationalen Wettbewerb. Wir sagen ständig, die Uruguay-Runde des GATT müsse erfolgreich abgeschlossen werden und wir sollten unseren Beitrag dazu leisten. Das ist völlig richtig, aber wir müssen uns auch im Innern auf die neuen Herausforderungen einstellen, um auch künftig im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Wir brauchen ihn nicht zu fürchten, haben aber auch keinen Grund zur Überheblichkeit.

Ich habe gerade in diesen Tagen in Asien beobachten können, welche unglaublichen ökonomischen Veränderungen sich dort vollziehen. Allein Indien, Indonesien und die Volksrepublik China werden Ende dieses Jahrzehnts zusammen eine Bevölkerung von weit über zwei Milliarden Menschen haben.

Wir haben andererseits beinahe beiläufig registriert, daß vor ein paar Wochen, am 1. Januar, der große Europäische Binnenmarkt in Kraft getreten ist. Ich bin sicher,

daß in diesem Jahr Großbritannien und Dänemark den Maastricht-Vertrag ratifizieren werden und daß in zwei Jahren Österreich, Schweden, Finnland und wohl auch Norwegen der Gemeinschaft beitreten können. Und ich bin auch sicher, daß die Politische sowie die Wirtschafts- und Währungsunion noch in diesem Jahrzehnt kommen werden.

**In den nächsten Jahren werden sich also enorme Veränderungen vollziehen, und deshalb ist es an der Zeit, daß wir auch über die Bedeutung der Bildungspolitik für den Standort Deutschland reden.**

Meine Reise durch fünf Länder Asiens hat mir erneut bestätigt, daß Asien der Kontinent des 21. Jahrhunderts wird. Sie hat mir aber auch die großen Chancen vor Augen geführt, die wir dort haben, wenn wir uns angewöhnen, weltoffen und in globalen Dimensionen zu denken. Trotz unseres Mangels an Rohstoffen sind wir neben Japan die führende Exportnation in der Welt, in dieser Hinsicht also die Nr.1 in Europa. Das wird auch wohl so bleiben; ja, nach der Vollendung des Aufbaus in den neuen Bundesländern wird sich diese Stellung eher noch festigen — das erwarten übrigens nahezu alle Fachleute in der ganzen Welt. Wir sind trotz dieses Mangels an Rohstoffen „Spitze“, weil wir über hervorragend qualifizierte Facharbeiter, über fähige Forscher und Führungskräfte verfügen. Deshalb ist die Frage von Aus- und Weiterbildung eine Schicksalsfrage für unser Land.

Wir sind es uns aber auch als Kulturnation schuldig, daß das Bild der Deutschen in der Welt nicht nur durch den Export von materiellen Gütern, sondern gleichfalls vom Reichtum und von der Vielfalt unserer Kultur geprägt wird. Ich bin darin auf eindrucksvolle Weise in

Singapur und Indonesien, in Japan, in der Republik Korea und nicht zuletzt in Indien bestätigt worden. Ich weiß, daß gelegentlich kritisch gefragt wird, ob wir eigentlich noch 25 Lehrstühle für Indologie brauchen.

Wenn Sie allerdings nach Indien kommen, werden Sie dort das beglückende Erlebnis haben, daß man Ihnen sagt: „Ihr Deutschen habt mehr als viele andere unsere Kultur erforscht.“ Gerade am Beispiel der Indologie zeigt sich, daß das, was Generationen vor uns aufgebaut haben, noch heute unser Erscheinungsbild in der Welt mitprägt.

**In unserem Verständnis ist Bildung nicht nur auf einen ökonomischen Zweck hin orientiert. Sie hat zunächst die Aufgabe, Wissen zu vermitteln, den geistigen Horizont zu erweitern und die Persönlichkeit zu prägen. Darüber hinaus soll sie natürlich auch berufliche Qualifikation ermöglichen.**

Liebe Freunde, wir müssen heute prüfen, ob unsere althergebrachten Verfahrens- und Verhaltensmuster, unsere Normen und Einstellungen tragfähig genug sind, um die Zukunft in Freiheit, Wohlstand und sozialer Sicherheit zu meistern. Daß heißt, wir müssen überkommene Auffassungen überdenken und ganz nüchtern prüfen, was noch tragfähig ist und was nicht.

Das eigentliche Problem der Bundesrepublik Deutschland sind nicht die aktuellen ökonomischen Schwierigkeiten, die uns wahrlich zu schaffen machen, sondern das eigentliche Problem — das wir übrigens auch ohne die deutsche Einheit hätten, denn es ist vor allem ein Problem der alten Bundesrepublik — liegt in der Frage, ob wir den Mut aufbringen, bei der notwendigen Standortbestimmung die Prioritäten neu zu bestimmen. Das

gilt für alle möglichen Bereiche, natürlich auch für die Finanzpolitik. Ich hoffe sehr, daß möglichst viele, die in CDU und CSU Verantwortung tragen, diese Notwendigkeit erkennen.

Wir haben dabei kein Monopol, und wir beanspruchen es auch nicht. Es wäre mir sehr viel lieber, wir kämen in der Diskussion über einen Solidarpakt, der ja mehr umfaßt als die Steuerverteilung in diesem und im nächsten Jahr, zu einem wirklichen Ideenwettbewerb, zumal ja viele Ausgangspositionen überhaupt nicht parteipolitisch geprägt sind, sondern auf objektiven Daten gründen.

Daß Deutschland eine der niedrigsten Geburtenraten in der Welt hat, ist solch ein objektives Datum; die daraus folgenden demographischen Veränderungen gehören dazu, die veränderten Lebensgewohnheiten und vieles andere. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Ich bin sehr dafür, daß wir in einen wirklichen Wettbewerb um die besseren Ideen und um den besseren Weg in die Zukunft eintreten.

Zu einer gründlichen Bestandsaufnahme gehören selbstverständlich die Würdigung der Erfolge und die Kritik an Fehlentwicklungen. Zur Würdigung der Erfolge gehört auch, daß wir uns dankbar an jene erinnern, die diese Erfolge ermöglicht haben. Ein schlichtes, aufrichtiges „Dankeschön“ scheint in Deutschland leider völlig aus der Übung gekommen zu sein, statt dessen gehört Jammern auf hohem Niveau offenbar zum „guten Ton“.

Liebe Freunde, vieles in unserem Bildungs- und Ausbildungssystem hat sich bewährt und wird weltweit — besonders von unseren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft, aber auch in den Vereinigten Staaten von Amerika — als beispielhaft empfunden. Daß sich die neue Administration in den USA intensi-

ver um die berufliche Qualifikation der Facharbeiterschaft bemühen will, führt sie beinahe automatisch zu einer gründlichen Beschäftigung mit unserem deutschen Ausbildungssystem. Und wenn unsere alte Freundin Margaret Thatcher sagt, das deutsche duale Berufsbildungssystem sei das beste in der Welt, dann dürfen wir das gerade ihr ruhig glauben!

In der Tat hat sich die Verbindung von Betrieb und Berufsschule hervorragend bewährt. Das gilt nicht nur für die alten Bundesländer. Das duale System bietet auch den jungen Menschen in den neuen Bundesländern eine gute Perspektive für die Zukunft. Wir sind jetzt vor allem darum bemüht, daß dort alle jungen Leute, die das wollen, auch einen Ausbildungsplatz erhalten.

**Denn das ist wohl das Wichtigste, was Gesellschaft und Staat jungen Menschen mit auf den Weg geben können: bestmögliche Ausbildung — gerade in einer schwierigen Übergangszeit.**

Die duale Berufsausbildung ist das Fundament unseres Ausbildungssystems und damit auch eine wichtige Grundlage unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Erfahrung mit dem dualen System lehrt uns übrigens auch, daß es sich lohnt, aus Überzeugung den Verlockungen des Zeitgeistes zu widerstehen. Man wird ja noch daran erinnern dürfen, daß in den siebziger Jahren die Regierung Brandt das duale System völlig umkremplen wollte. Gelegentlich treffe ich einen der damaligen Hauptakteure — seinerzeit Minister, später Bürgermeister von Hamburg, jetzt in der Wirtschaft tätig.

Wenn man dem heute vorhielte, was er damals vorgeschlagen hat, so würde er vermutlich beteuern, das müsse jemand anderes gewesen sein! Damals haben wir

von der Union mit äußerster Entschiedenheit diese sogenannten „Reformen“ verhindert. Ebenso entschieden habe ich bei entsprechender Gelegenheit auf europäischer Ebene immer wieder darauf bestanden, daß wir in der Frage des dualen Systems der Berufsausbildung keine Kompromisse machen können und werden.

Meine Damen und Herren, für vorbildlich halte ich auch das gut ausgebaute, differenzierte und breitgestreute Angebot an Bildungseinrichtungen in Deutschland. Die deutsche Grundlagenforschung hat international einen guten Ruf. Und dennoch müssen wir uns fragen, ob wir mit den derzeitigen Gesamtaufwendungen von Staat und Wirtschaft diesen Ruf auf Dauer werden erhalten können.

Die Lehrpläne unserer Universitäten lassen den Studenten Freiräume in der Gestaltung des Studiums. Das gibt ihnen die Chance, Kreativität zu entwickeln. Auch die Chance, frühzeitig in die wissenschaftliche Forschung einbezogen zu werden, halte ich für ein Positivmerkmal. Und nicht zuletzt verweise ich auf den Föderalismus, der sich als Motor für Vieltätigkeit und Wettbewerb im Bildungswesen bewährt hat. Ich wünsche mir, daß dieser Wettbewerb noch intensiver und vor allem transparenter wird.

**Denn im Zuge der fortschreitenden wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas werden wir uns — ob es uns paßt oder nicht — auf immer mehr Feldern dem internationalen Vergleich stellen müssen. Ich rate deshalb dringend dazu, den internationalen Vergleich zu suchen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu entwickeln.**

Liebe Freunde, es gibt aber auch Entwicklungen, die meiner Ansicht nach in die falsche Richtung laufen: Ungleichge-

wichte zwischen den Bildungsbereichen, die Ausbildungsdauer und die Ausbildungseffizienz. Ich nenne als erstes die sinkende Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Allein in den letzten sieben Jahren sank die Zahl der Lehrlinge im Westen um rund 200.000 auf rund 500.000 Bewerber im Jahre 1992. Über 120.000 Ausbildungsstellen konnten letztes Jahr nicht besetzt werden. Im gleichen Jahr schrieben sich rund 250.000 Studienanfänger an den westdeutschen Hochschulen ein.

Das Zahlenverhältnis der Lehrlinge im ersten Lehrjahr zu den Studenten im ersten Semester hat sich deutlich zu Lasten des dualen Systems verändert. Inzwischen ist die Zahl der Studenten in ganz Deutschland auf 1,8 Millionen angestiegen. Ihnen stehen 1,6 Millionen Lehrlinge gegenüber. Dabei muß man zwar berücksichtigen, daß das Studium länger dauert als eine Lehre. Dennoch bleibt dieses Zahlenverhältnis bedenklich.

Denn wenn diese Entwicklung anhält, dann wird sich die Schere zwischen dem geringen Angebot und dem hohen Bedarf an qualifizierten Facharbeitern bedrohlich weiter öffnen. Bildung und Beschäftigung dürfen aber nicht noch weiter auseinanderdriften.

Die Beschäftigungsprobleme der Hochschulabsolventen nehmen bereits deutlich zu. Fast ein Viertel der Hochschulabgänger findet schon heute keinen Arbeitsplatz, der ihrer Ausbildung entspricht. Man findet sie in vielen Berufen, nur nicht in dem, für den sie ausgebildet wurden. Es wäre an sich ja keine schlimme Sache, wenn jemand nach dem Studium für eine kurze Zeit in einem völlig anderen Metier tätig würde. Aber man muß sich über die menschliche Situation der Betroffenen und über die volkswirtschaftlichen Konsequenzen dieser Entwicklung im klaren sein.

Es ist doch für die jungen Leute — und natürlich auch für ihre Familien — eine bedrückende Erfahrung, wenn alle Anstrengungen der Gymnasial- und Studienzeit zu einem solchen Ergebnis führen. Andererseits tragen die wachsenden Studentenzahlen schon heute dazu bei, daß die Qualität des Studiums leidet.

Die Hochschulen, vor allem die Universitäten, können angesichts dieser Zahlen ihren Aufgaben in Forschung und Lehre kaum noch gerecht werden. Auf der anderen Seite droht dem bewährten dualen Berufsbildungssystem eine schlechende Auszehrung, wenn nur noch wenige junge Menschen Bäcker, Mechaniker oder Fliesenleger werden wollen.

**Die Fachkräfte in Industrie und Handwerk, im Handel und in den freien Berufen sind aber eine tragende Säule unserer Sozialen Marktwirtschaft und müssen das auch bleiben. Denn die soziale Struktur unseres Landes geriete sonst in eine bedenkliche Schiefelage. Die Zukunft einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft ist eben mit Akademikern allein nicht zu gestalten.**

Hinzu kommt noch die schlichte Frage, die mir junge Leute immer wieder stellen: Wie sieht eigentlich meine Lebensrechnung aus, wenn ich zum Beispiel ein Chemiestudium absolviere, während mein Bruder inzwischen längst als Meister bei der BASF arbeitet? Der eine kommt vielleicht mit 30 Jahren ins Erwerbsleben, während der andere bereits seit seinem 18. Lebensjahr den wirtschaftlichen Ertrag seiner Ausbildung erntet. Hier ist ein Umdenken notwendig. Solange es dabei bleibt, daß ein Hochschulzertifikat einen höheren gesellschaftlichen Stellenwert hat als eine nichtakademische Aus-

bildung, werden wir hier jedoch wenig ändern können.

Es ist jetzt über dreißig Jahre her, daß hier in dieser Stadt eine Dame im Kultusministerium zum ersten Mal die Forderung erhob, daß möglichst die Hälfte eines jeden Geburtsjahrgangs zum Abitur geführt werden sollte. Die Dame hat sich glücklicherweise aus der deutschen Politik zurückgezogen, aber die Folgen solcher Forderungen sind inzwischen unübersehbar.

Ich komme damit zu einem Punkt, der auch auf diesem Kongreß wieder eine lebhaftige Diskussion ausgelöst hat, zumal sich die Finanzminister auf einen Ausflug in die Schulpolitik begeben haben, statt sich vorrangig mit der Finanzierung des Solidarpaktes zu beschäftigen. Es wäre mir schon lieber gewesen, sie hätten dieses Thema zumindest in einer anderen Form behandelt. In der Sache selbst werde ich hier wohl kaum viel Zustimmung finden, wenn ich sage, daß die Ausbildungszeiten an unseren Gymnasien zu lang sind.

**Der Parteivorsitzende der CDU erlaubt sich, darauf hinzuweisen, daß es bereits seit zehn Jahren einen diesbezüglichen Parteitagsschluß gibt — einen jener Beschlüsse, die nach heftigen Debatten um die Mitternachtsstunde gefaßt, aber von vielen sofort wieder verdrängt werden, weil machtvolle Interessenlagen ins Spiel geraten.**

Tatsache ist, daß die Schüler bei uns das Gymnasium in der Regel zu spät verlassen und daß sie nach einem anschließenden Studium im Vergleich zu ihren europäischen Altersgenossen um Jahre später in den Beruf kommen. Tatsache ist auch, daß in unserem Falle die Wehrpflicht eine Rolle spielt. Wenn ein Studium bei

uns fünf bis sieben Jahre dauert — von der Referendarzeit und von der Promotion ganz zu schweigen —, dann ist dies im internationalen Vergleich einfach zu lang. Ich fürchte, in wenigen Jahren werden junge Leute in Deutschland den Politikern vorhalten: „Wie könnt Ihr eigentlich ein Ausbildungssystem am Leben halten, das dazu führt, daß alle unsere gleichaltrigen Konkurrenten in der Europäischen Gemeinschaft lange vor uns erfolgreich ins Berufsleben gestartet sind?“

Ich glaube im übrigen, daß diese Entwicklung auch etwas zu tun hat mit einer Einstellung, die unseren jungen Leuten seit Jahren gepredigt wird, nämlich möglichst spät in dieses unwirtliche Leben hinauszugehen, möglichst lange auf dem bequemen Sofa des Umhertgehens sitzen zu bleiben. Genau das darf aber nicht die Perspektive junger Menschen in Deutschland sein! Was wir jetzt brauchen, ist Offenheit für die Chancen, die sich uns in einer veränderten Welt bieten. Was wir jetzt brauchen, ist Selbstvertrauen, ist die Einsicht, daß „da draußen“ ein kalter Wind wehen mag, aber daß es köstlich ist, das Abenteuer des Lebens zu suchen und zu genießen.

Meine Damen und Herren, die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung kann nicht aufgehen, wenn durch staatliche Leistungen besonders geförderte Jungakademiker erst mit 28, 29 oder 30 Jahren ins Berufsleben eintreten und es mit 60 Jahren schon wieder verlassen — und das angesichts einer mittleren Lebenserwartung von 73/74 Jahren bei den Männern und 75/76 Jahren bei den Frauen.

**Ich frage mich, ob wir in diesem Punkt nicht endlich umdenken müssen und auch neue Formen eines stufenweisen Ausscheidens aus dem aktiven Berufsleben ermöglichen sollten.**

Es gibt noch einen anderen Schwachpunkt in unserem Bildungssystem, nämlich die mangelnde Ausbildungsqualität an unserer Hochschulen. Ich warne allerdings vor pauschalen Anklagen und willkürlichen Vergleichen zwischen früher und heute. Es gibt Beispiele für hervorragende Lehrtätigkeit unter schwierigsten Bedingungen, aber auch für das genaue Gegenteil. Was uns heute immer noch fehlt, ist eine plausible Leistungskontrolle gegenüber den Lehrenden.

Die einschlägigen Vergleiche mit den USA hinken, weil wir es dort zu einem Großteil mit privatwirtschaftlich strukturierten Hochschulen zu tun haben, die beispielsweise den Studierenden die Möglichkeit einräumen, ihre Professoren zu beurteilen — und damit auch über deren Aufstiegschancen und Einkommen mit zu entscheiden. Ich behaupte nicht, daß wir dieses Verfahren so übernehmen sollten, doch muß von unseren Hochschullehrern zumindest erwartet werden, daß sie sich bestimmten Beurteilungskriterien stellen.

Die Fehlentwicklungen in unserem Ausbildungssystem haben verschiedene Gründe. Zunächst muß ich all denen energisch widersprechen, die jetzt die Hauptschulen herunterreden und sie als „Restschule“ abtun wollen; eine Schule, die immerhin noch von rund einer Million Schülern besucht wird, verdient dieses Etikett nicht. Aber ich glaube, daß die Hauptschule nur dann wirklich gestärkt wird, wenn ihre Unterrichtsinhalte handlungsorientierter und praxisnäher sind.

**Aus gutem Grund nimmt sich die deutsche Wirtschaft des wichtigen Themas an, wie Schule und Ausbildungsstätte besser kooperieren können. Denn immerhin kommen von der Hauptschule die meisten Bewerber für gewerblich-technische Aus-**

## **bildungsberufe und für das Handwerk.**

Nur wenn wir die duale Ausbildung differenzierter und flexibler gestalten, können wir den Anforderungen des modernen Berufslebens besser gerecht werden. Wir müssen noch intensiver darüber nachdenken, wie wir in der dualen Ausbildung attraktive Alternativen zum Studium entwickeln können, indem wir beispielsweise nach dem Ausbildungsabschluß Möglichkeiten zur weiteren Qualifizierung schaffen. Ich glaube im übrigen, daß die Zugangsmöglichkeit zur Hochschule über eine qualifizierte Berufsausbildung ohne Abitur die duale Ausbildung attraktiver machen kann.

Freilich müssen die Bewerber über die erforderliche Eignung verfügen. Die Wirtschaft hat mittlerweile erkannt, daß sie durch die eigene Personalplanung dazu einen entscheidenden Beitrag leisten kann. Daran sollte sich auch der Öffentliche Dienst ein Beispiel nehmen, statt im Laufbahn- und Besoldungsrecht das genaue Gegenteil zu bewirken.

Meine Damen und Herren, genau an diesem Punkt wären wir relativ rasch handlungsfähig, wenn wir nur wollten. Denn aus Gesprächen mit klugen Gewerkschaftern und Leuten aus der Wirtschaft wie aus der öffentlichen Verwaltung weiß ich sehr genau, daß dieses Problem erkannt wird. Wir müßten uns eigentlich nur zusammensetzen und vernünftig an die Sache herangehen.

In diesem Zusammenhang muß ich auch ein kurzes Wort zum Anforderungsprofil des Abiturs sagen. Die Nivellierung dieses Anforderungsprofils war der falsche Weg zu mehr Chancengerechtigkeit. Das Abitur muß wieder zu dem werden, was es eigentlich sein soll, nämlich der Nachweis für die Hochschulreife. Es verdient diese Bezeichnung erst dann, wenn in

allen Bundesländern wieder bestimmte Kernfächer für das Abitur verlangt werden.

Dazu gehören Deutsch und eine Fremdsprache, Mathematik, ein naturwissenschaftliches Fach, und — besonders nach den Irrwegen der letzten Jahrzehnte — auch Geschichte. Denn wie kann eigentlich ein Land Zukunft gewinnen, das seine Geschichte kaum noch oder überhaupt nicht mehr kennt!?

**Meine Damen und Herren, wir brauchen dringend eine Reform des Studiums, und wir müssen endlich mit der Verkürzung der Studienzeiten beginnen, denn geredet haben wir darüber längst genug! Ich weiß, es wird viele Gegenargumente geben, aber mir leuchtet nicht ein, warum man in Deutschland nicht in vier oder höchstens fünf Jahren sein Studium abschließen kann, um dann — wenn ich den Wehrdienst oder den Ersatzdienst noch hinzurechne — mit 25 oder 26 Jahren ins Erwerbsleben einzutreten.**

Ich glaube — das wird auch ein zentrales Thema auf dem sogenannten Bildungsgipfel im Herbst sein — , daß wir jetzt sehr rasch zu einer entsprechenden Abmachung kommen müssen. Was mich dabei stutzig macht — und das widerlegt viele Einwände, die ich höre — , ist die Tatsache, daß in ein und demselben Bundesland an benachbarten Universitäten im gleichen Fach eine bis zu zwei Jahren unterschiedliche Studiendauer festzustellen ist.

Die Effizienz des Studiums läßt sich sicherlich auch dadurch erhöhen, daß besonders in Zulassungsfragen die Autonomie der Universitäten gestärkt wird. Dies gilt aber auch für finanzielle und organisatorische Angelegenheiten. Ich

glaube beispielsweise nicht, daß die staatliche Verwaltungsbürokratie in jedem Fall billiger baut, als wenn das in Eigenverantwortung der Universität geschieht.

Was die Fachhochschulen angeht, so haben diese sich als eigenständiger, leistungsfähiger und attraktiver Hochschultyp in Deutschland durchgesetzt. Sie entsprechen mit ihrem engen Praxisbezug den Erfordernissen einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft besonders gut. Zwei Drittel der deutschen Ingenieure und fast die Hälfte der Informatiker und Betriebswirte erwerben ihr Diplom an einer Fachhochschule.

Deswegen müssen auch die Fachhochschulen in ihrer Leistungsfähigkeit gestärkt werden. So müssen beispielsweise ihre Aufnahmekapazitäten erhöht werden. Denn es ist doch wenig sinnvoll, wenn abgelehnte Bewerber für Fachhochschulen an die Universitäten drängen, an denen sie eigentlich gar nicht studieren wollen.

An dieser Stelle noch ein kurzes Wort zum Thema kostendeckende Studiengebühren: Ich halte davon überhaupt nichts, um es klar und deutlich zu sagen. Denn wenn man wirklich kostenorientierte Gebühren erhebt, kommt man auf sozial nicht mehr vertretbare Beträge. Eine ganz andere Frage ist es, ob wir nicht von denjenigen Studenten Gebühren erheben sollten, die aus eigenem Verschulden die Regelstudienzeit überschreiten oder sich nach ihrem ersten, berufsqualifizierenden Examen für ein Zweitstudium einschreiben, nur um mit ihrem Studentenausweis billiger an alle möglichen öffentlichen Leistungen zu kommen. Dieser Mißbrauch zu Lasten des Steuerzahlers muß ein Ende haben!

Liebe Freunde, die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands stellt uns auch im Bildungs- und Ausbildungsbereich vor besondere Herausforderungen. Wir soll-

ten uns dabei bewußt sein, daß wir auch im Blick auf die Hochschulen und das Ausbildungssystem eine ganze Menge aus den Erfahrungen unserer Landsleute in der früheren DDR lernen können. Ich finde es in diesem Zusammenhang außerordentlich bedauerlich, daß sich im vergangenen Jahr lediglich 3.000 Studienanfänger aus Westdeutschland an einer Hochschule in den neuen Bundesländern eingeschrieben haben. Das ist — gemessen an dem Ruf „Deutschland einig Vaterland“ — eine lächerlich geringe Zahl!

Ich will noch ein Wort zu dem sogenannten Bildungsgipfel sagen; ich hoffe, daß er im September stattfinden kann. Aber eine solche Konferenz macht nur Sinn, wenn sie sorgfältig vorbereitet ist, wenn dort nicht nur Erklärungen abgegeben werden, sondern wenn auf konkrete Beschlüsse hingearbeitet wird, zumindest verbindliche Kriterien für solche Beschlüsse festgelegt werden. Eine ausschließliche Behandlung von Finanzfragen wäre wenig hilfreich; was wir jetzt vielmehr brauchen, ist ein neuer, übergreifender Konsens in allen wesentlichen Fragen von Bildung und Ausbildung. Ich möchte den Kollegen in den Ländern vor allen Dingen sagen, daß in diesen Fragen der Föderalismus vor einer entscheidenden Bewährungsprobe steht. Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger des föderalen Systems.

**Die Bundesrepublik Deutschland hätte in den vergangenen vierzig Jahren einen anderen Weg genommen — nach meiner Überzeugung keinen besseren —, wenn wir dieses föderale System nicht gehabt hätten. Aber wir wollen keine Kantonalisierung und keine gegenseitige Abschottung, wir brauchen vielmehr Offenheit und fruchtbare Konkurrenz in diesem Bereich.**

Wir müssen schließlich auch darüber sprechen, wie wir junge Menschen zu mehr Flexibilität bei der Ausbildung anspornen können. Wir müssen die Bereitschaft junger Leute wecken, einen Teil ihres Studiums im Ausland zu verbringen. Für diese Bereitschaft sollten sie durchaus einen gewissen Bonus erhalten. Wir sollten diese Überlegungen übrigens nicht nur auf die Studenten erstrecken, sondern beispielsweise auch die Facharbeiter miteinbeziehen. Wenn Sie die Lebensläufe bedeutender Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung anschauen, dann werden Sie feststellen, daß sie durchweg als junge Leute auf Wanderschaft gewesen sind. Es war damals viel selbstverständlicher, daß ein junger Zimmermann oder ein junger Drucker eine gewisse Zeitspanne seines beruflichen Werdegangs im Ausland verbrachte, als es heute der Fall ist.

**Was wir also brauchen, sind mehr Weltoffenheit und Zuwendung zu den Problemen jenseits unserer Grenzen. Das ist auch wichtig für das gesellschaftliche Klima in unserem Land. Nationalistische Vorurteile werden keine Chance haben, wenn die große Mehrzahl unserer Bürger weiß, wie es wirklich „draußen in der Welt“ aussieht.**

Meine Damen und Herren, vor mehr als hundert Jahren haben die Briten den Begriff „Made in Germany“ geprägt — nicht aus reiner Freundschaft, sondern um Großbritannien vor deutschen Waren abzuschotten. Heute würde man das eine glasklare Diskriminierung nennen. Die Deutschen haben seit damals diese beabsichtigte Herabsetzung zu einem weltweit geachteten Qualitätsbegriff umgemünzt. Wir leben heute noch in einem beachtlichen Maß von dem, was unsere Vorfahren seit damals an Arbeitseifer und Erfin-

## Termine

12. bis Frischluft e.V. „Umweltcamp“,  
17. 4. Bitterfeld
13. bis Junge Union Sachsen und  
16. 4. Niederschlesien  
Besuch der JU Rottweil  
und Paderborn, Dresden
14. 4. Senioren-Union Thüringen  
Vorstand, Erfurt
15. 4. Senioren-Union Brandenburg  
Vorstand, Berlin
15. 4. LV Bremen  
Vorstand, Bremen
- 15./ Junge Union-Bund  
16. 4. Deutsch-italienische Fachtagung,  
Cadenabbia
16. 4. CDA Braunschweig  
Vorstand, Königslutter
16. 4. LV Hamburg  
Landesausschuß, Hamburg
17. 4. CDA Braunschweig  
Landestagung, Königslutter
17. 4. Junge Union Niedersachsen  
JUniversity, Rotenburg
19. 4. CDU-Präsidium  
Sitzung, Bonn
19. 4. Senioren-Union Schleswig-Holstein  
Vorstand, Neumünster-Einfeld
19. 4. CDA Thüringen  
Vorstand, Erfurt
20. 4. CDA Baden-Württemberg  
Vorstand, Stuttgart
20. 4. Senioren-Union Nordrhein-Westfalen  
Vorstand, Düsseldorf
21. 4. Senioren-Union Sachsen-Anhalt  
Vorstand mit Kreisvorsitzenden, Halle
22. 4. CDU-Bund  
Bundesfachausschuß Medienpolitik,  
Bonn
22. 4. CDU-Bund  
Bundesfachausschuß Frauenpolitik,  
Bonn
23. 4. Junge Union-Bund  
40 Jahre „Die Entscheidung“, Bonn
23. 4. CDA-Bund  
Geschäftsf. Vorstand, Königswinter
23. 4. MIT-Bund  
Vorstand, Stuttgart
23. 4. Frauen-Union  
Bundesvorstand, Bonn
23. 4. LV Berlin  
Vorstand mit MdB, Berlin
23. 4. LV Berlin  
Landesausschuß, Berlin
- 23./ BV Südbaden  
24. 4. 25. Bezirksparteitag, Freiburg
- 23./ Bundesvorstand,  
24. 4. Königswinter
- 23./ Mittelstandsvereinigung  
24. 4. 36. Bundeskongreß, Stuttgart
24. 4. Frauen-Union Nordrhein-Westfalen  
Vorstand, Duisburg
24. 4. Frauen-Union Schleswig-Holstein  
Delegiertentag, Rendsburg
24. 4. CDU Niedersachsen  
Vorstand, Hannover

dungsreichtum eingesetzt haben, um das Gütesiegel „Made in Germany“ glänzen zu lassen.

Es liegt jetzt an uns, umzudenken und die notwendigen Konsequenzen aus den Veränderungen in der Welt zu ziehen. Wir werden in der Tagespolitik für solches Umdenken nicht sofort auf ungeteilte Zustimmung stoßen, weil damit natürlich auch der Abschied von manch liebgewonnener Gewohnheit und die eine oder andere Unbequemlichkeit verbunden sind.

Meine Damen und Herren, die Geschichte schenkt einem Volk nicht

fortdauernd solche Chancen wie uns Deutschen 1989/90. Wir wissen heute, wie kurz die Zeitspanne für die Erlangung der deutschen Einheit damals war.

Wir haben jetzt die Chance, in den nächsten sechs bis acht Jahren auch die europäische Einigung zu vollenden; aber sie wird uns nicht als Geschenk in den Schoß fallen.

**Deshalb noch einmal: Es ist Zeit für uns zu einer nüchternen Bestandsaufnahme, zu einer umfassenden Standortbestimmung. Wir sind dazu bereit.** ■

# Koedukation hat Erwartungen nicht erfüllt

**Schule der Zukunft kann nach Auffassung der Frauen-Union nicht mehr nur ein Ort der Organisation von Lernprozessen sein, sondern muß junge Menschen dazu befähigen, die Herausforderungen dieses Lebens zu bewältigen und gleichzeitig Verantwortung für die Gestaltung ihres eigenen Lebens wie auch der Zukunft zu übernehmen.**

Von europäischen Entwicklungen wird sich Schule künftig nicht abkoppeln können. Wesentlich sind drei Bereiche:

● **Allgemeinbildung:** über dem Einzelwissen darf der Zusammenhang des Ganzen nicht vernachlässigt werden, bei Spezialisierung muß dennoch ein weiter Gesichtskreis offen bleiben.

● **Werteerziehung:** Die Bedeutung von Grund- und Menschenrechten und von unverzichtbaren Werten ist auch in der Schule zu vermitteln. Anliegen muß sein, junge Menschen verantwortungsfähig zu machen und ihnen die Einübung in gesellschaftliches Zusammenleben zu erleichtern.

● **Schlüsselqualifikationen:** Sie befähigen dazu, erworbenes Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten in neuen Situationen anzuwenden.

Trotz des ungebrochenen Trends von Mädchen zu höheren Schul- und Hochschulabschlüssen, aber auch aufgrund der demographischen Entwicklung in Deutschland beginnt sich für das nächste Jahrzehnt ein dramatischer Fachkräftemangel abzuzeichnen.

Mädchen konzentrieren sich auch heute

noch auf ein eng begrenztes Berufsspektrum, weil traditionelle Rollenbilder und die Anforderung, Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können, das Berufswahlverhalten von Mädchen stark bestimmt.

Koedukation hat zwar zu besseren Abschlüssen geführt, aber Interessenlagen und Begabungen von Mädchen und Jungen nicht in gleicher Weise gerecht werden können und zu wenig zum partnerschaftlichen Zusammenleben der Menschen beigetragen.

Die Frauen-Union erwartet deshalb, daß Bildungskonzepte und Arbeitsformen

**Doris Pack MdEP, stellvertretende Bundesvorsitzende der Frauen-Union, stellt Denkanstöße der Frauen-Union zur bildungspolitischen Diskussion vor.**

überprüft und ggf. so verändert werden, daß sowohl in gemeinsamen als auch in reinen Mädchen- und Jungengruppen Mädchen wie Jungen in gleicher Weise gefordert und gefördert werden.

Bereits im Pädagogikstudium und während der Fortbildung sollten Rollenklischees in allen Unterrichtsmaterialien und Unterrichtsfächern zum Gegenstand im Unterricht gemacht und bearbeitet werden. Insbesondere gilt es, den andersgearteten Zugangsweisen von Mädchen

zu naturwissenschaftlichen und technischen Sachverhalten in Unterrichtsmaterialien, Lehrplänen und Lernmethoden Rechnung zu tragen.

Wegen der damit verbundenen Vorbildfunktion ist es auch überfällig, die Leistungen von Frauen in den Wissenschaften, in Kultur und Geschichte, aber auch für das ganz alltägliche Leben in Schulbüchern, Unterrichtsmaterial und Lehrplänen angemessen darzustellen.

Um eine Erweiterung des Berufsspektrums zu erreichen, ist jede Form geschlechtsspezifischer Aufgabenfestlegung zu vermeiden, erforderlich ist stattdessen ein Bündel vielfältig miteinander verzahnter Orientierungs-, Motivations- und Beratungsangebote. Für weniger bekannte Berufsfelder muß es in der Phase der Berufsorientierung in der Schule ein Angebot von Betriebserkundungen und Berufspraktika geben.

Unser Ausbildungs- und Weiterbildungssystem muß auch dann eine Berufsausbildung oder Weiterbildung ermöglichen, wenn **Familienpflichten** bestehen.

Bemerkenswert niedrig bleibt, trotz eines Anteils der weiblichen Studierenden von 40 Prozent, der Frauenanteil in Forschung und Lehre. Frauen stellen im wissenschaftlichen Mittelbau nur 20 Prozent der Beschäftigten, ihr Anteil an Professoren aller Kategorien liegt bei nur fünf Prozent.

Soll dieser beklagenswerte Zustand verändert werden, muß eine gezielte Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses erfolgen. Für unabdingbar

hält die Frauen-Union eine stärkere Vertretung von Frauen in Gremien, die über Berufung, Einstellung und Beförderung entscheiden; erforderlich sind auch Kontakt- und Wiedereinstiegsstipendien, Sonderprogramme zur Förderung von Wissenschaftlerinnen, die Institutionalisierung von Frauenbeauftragten und Frauenkommissionen, der Ausbau von Frauenforschung an den Hochschulen und Berichte über die Maßnahmen, Erfahrungen und Erfolge der Frauenförderung.

In den neuen Bundesländern zeigt sich, daß Frauen trotz gleicher oder besserer Qualifikation deutlich zu wenig am Neuordnungs- und Umstrukturierungsprozeß beteiligt und berücksichtigt werden. Frauen sind deshalb nachträglich in Hochschulstrukturkommissionen und Gründungsausschüsse zu berufen, wo sie noch nicht vertreten sind. Bei notwendigen Kündigungen ist sicherzustellen, daß der bisherige Anteil von Frauen erhalten bleibt.

Der eklatante Mangel an Kinderbetreuung an den Hochschulen ist sowohl für Studentinnen mit Kindern als auch für Wissenschaftlerinnen mit Familienpflichten ein ausgesprochenes Ärgernis. Abhilfe ist dringend erforderlich.

Die Frauen-Union will ihre Überlegungen mit bildungspolitisch interessierten Gruppierungen innerhalb und außerhalb der CDU intensiv diskutieren.

*(Das vollständige Papier ist erhältlich bei der Bundesgeschäftsstelle der Frauen-Union)*

## McDonald's investiert 13,5 Mio DM in Sachsen-Anhalt

Die Schnellrestaurant-Kette McDonald's Deutschland Inc. will 1993 in Sachsen-Anhalt 13,5 Millionen DM investieren. Geplant sind drei neue Restaurants. Insgesamt sind in diesem Jahr in den neuen Bundesländern zwölf neue Restaurants mit insgesamt 840 Arbeitsplätzen geplant.

Wolfgang Schäuble:

## Unsere Aufgaben sind groß, aber auch unsere Chancen

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**  
in zwei zentralen Feldern deutscher Politik haben wir im März entscheidende Durchbrüche erzielt: mit der Vereinbarung über den staatlichen Teil des Solidarpakts und mit der Festlegung, daß Deutschland im westlichen Bündnis zuverlässig und berechenbar bleibt und seine Beteiligung — vorbehaltlich einer anderslautenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts — an den integrierten AWACS-Verbänden im Krisenfall nicht zurücknimmt.

Aufbauend auf diesen Entscheidungen steht in den nächsten Monaten die mittelfristige Stärkung unseres Wirtschaftsstandorts, der Abschluß der Neuregelung des Asylrechts und dessen Umsetzung und die Stärkung der inneren Sicherheit im Vordergrund.

**1.** Für den von der Fraktion im August 1992 vorgeschlagenen Solidarpakt stehen nunmehr die wesentlichen Eckpunkte fest. Jetzt sind Wirtschaft und Gewerkschaften gefordert, ihre Beiträge zu leisten, vor allem maßvolle Tarifvereinbarungen in den neuen Ländern zu verabreden.

Beim Solidarpakt waren Kompromisse unvermeidlich. Ich hätte mir weitere Sparmaßnahmen gewünscht. Die alten Bundesländer haben sich der Übernahme einer höheren Belastung verweigert, so

daß der Solidaritätszuschlag ab 1995 höher ausfällt, als wir gewollt haben. Dennoch sind die Vereinbarungen ein großer Erfolg für die Handlungsfähigkeit unseres Staates und der Koalition:

- Konjunkturschädliche Erhöhungen der direkten Steuern vor 1995 konnten wir vermeiden.
- Die notwendige Finanzausstattung der neuen Bundesländer ist dauerhaft gesichert.
- Für die Erhöhung der Wohnungsinvestitionen in den neuen Ländern haben wir mit der Altschuldenregelung und der

### Brief des Vorsitzenden an die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Verdoppelung des KfW-Kreditprogramms auf 60 Mrd.DM die Voraussetzung geschaffen.

- Die Erhöhung der Investitionszulage für den ostdeutschen Mittelstand auf 20 Prozent, die Verbesserung des Eigenkapitalhilfeprogramms und die zusätzlichen Mittel im Bundeshaushalt 1993, insbesondere für eine kommunale Investitionspauschale, Wohnungsbau und industrielle Forschung, das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz und die Vorbereitung einer gemeinnützigen Stiftung der neuen Länder mit erhöhter

Spendenabzugsfähigkeit sind weitere wichtige Schritte zum Aufbau der neuen Länder.

**2.** Das Zusammentreffen einer schwachen Weltkonjunktur mit den außergewöhnlichen Anforderungen in Deutschland nach der Wiedervereinigung legt strukturelle Schwächen in unserer Wirtschaft offen, deren Ursachen lange vor der Wiedervereinigung und unabhängig davon entstanden sind. Die Strukturprobleme müssen in erster Linie von den Unternehmen selbst bewältigt werden, durch Stärkung ihrer technologischen Wettbewerbsfähigkeit, Innovationen mit neuen Produkten und Produktionsverfahren, durch die Erschließung neuer Märkte, durch Kostenreduzierungen und Effizienzsteigerungen. Lean Production stehen in Deutschland keine staatlichen Hemmnisse entgegen.

Wir sind entschlossen, die strukturellen Probleme im Verantwortungsbereich der Politik — über die bisherigen Beschlüsse zum Standortsicherungsgesetz, zur Deregulierung, Bahnreform und Postreform hinaus — jetzt anzugehen.

**a)** Die staatliche Verwaltung muß flexibler und kostengünstiger werden. Weitere Entbürokratisierungs- und Deregulierungsschritte sind notwendig, vor allem durch privatwirtschaftliche Alternativen zu bisher in der Form öffentlicher Verwaltung erbrachten Dienstleistungen. Ich denke hierbei nicht nur an Post, Bahn und Autobahnen, sondern auch an Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen, insbesondere in den neuen Ländern, und an die Privatisierung von Krankenhäusern und weiteren Einrichtungen im Gesundheits- und Bildungswesen.

**b)** Modernitätsverweigerung gegenüber der Technik- und Wirtschaftsentwicklung gefährdet die Grundlagen unseres Wohlstandes, der sozialen Sicherheit und der

Verbesserung des Umweltschutzes. Die weitere Nutzung der Kernenergie, die Novellierung des Gentechnikgesetzes und die Verbesserung von Forschungsverbund und Technologietransfer zwischen Forschungsinstituten und Industrie sind Schwerpunkte unserer modernen Technologiepolitik.

**c)** Die Überwindung der Rezession durch einen neuen Wachstumsschub wird allein nicht ausreichen, die hohe Arbeitslosigkeit und die Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen. Mit steigender Arbeitslosigkeit wird deutlicher, daß unser Arbeitsmarkt viel zu unflexibel geworden ist und sich gleichzeitig Teilarbeitsmärkte mit Mangel an Arbeitskräften und Teilarbeitsmärkte mit hoher Arbeitslosigkeit gegenüberstehen. Angemessene Einkommensabstände zwischen rentablen Arbeitsplätzen, Arbeitsmarktmaßnahmen, Lohnersatzleistungen und Sozialhilfe müssen stärkere Anreize für produktive Arbeit setzen.

In der Arbeitsförderung in den neuen Ländern haben wir mit § 249 h des Arbeitsförderungsgesetzes ein beispielhaftes Modell zur Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt entwickelt, bei dem mit Lohnkostenzuschüssen gemeinnützige Arbeiten gefördert werden, wobei gegenüber Lohnersatzleistungen keine Mehrkosten entstehen und kein Wettbewerb zu privatwirtschaftlichen Aktivitäten vorliegt.

Bezahlbare Arbeitskosten und bedarfsgerechte Qualifikationen der Arbeitnehmer sind die entscheidenden Voraussetzungen für den erneuten Anstieg des Angebots rentabler Arbeitsplätze. Die Qualifikation unserer Arbeitskräfte ist der wichtigste Standortvorteil Deutschlands. Deshalb kommt der von Bundeskanzler Kohl angeregten Bestandsaufnahme unseres Bildungswesens entscheidende Bedeu-

zung zu. Wir brauchen kürzere Ausbildungszeiten in Schulen und Hochschulen, wir brauchen eine stärkere Differenzierung und Leistungsförderung durch mehr Wettbewerb im Bildungswesen und wir brauchen eine bessere Verzahnung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem.

d) Unsere Sozialpolitik darf die volkswirtschaftliche Leistungskraft nicht überfordern und Steuern und Abgaben nicht ständig weiter wachsen lassen. Wir müssen in unserer Politik stärker von den berechtigten Erwartungen der Erwerbstätigen, der Steuer- und Beitragszahler ausgehen. Nach dem — wie wir heute wissen — unvermeidlichen Anwachsen der Steuer- und Abgabenquote zur Überwindung der Erblast- und Aufbau Probleme in den neuen Ländern muß die Steuer- und Abgabenbelastung ab 1996 wieder sinken. Wir stehen jetzt vor ähnlichen Aufgaben wie 1982/83. Durch Strukturformen in den Sozialversicherungen müssen weitere Erhöhungen der Sozialabgaben und Lohnnebenkosten soweit wie möglich vermieden werden, auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung mit der Folge steigender Kosten im Gesundheitswesen, bei der Pflege und bei den Renten. Mit der Gesundheitsreform und den Einsparungen beim Arbeitsförderungsgesetz sind die ersten Schritte erfolgt. Die Sozialpolitik muß sich stärker auf die Absicherung der großen Risiken konzentrieren, während kleinere Risiken und Ausgaben privat getragen und abgesichert werden können. Dies gilt auch für die Einführung der Pflegeversicherung und die Neuregelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bei denen Elemente der Eigenbeteiligung und Eigenverantwortung unverzichtbar sind.

3. Frieden und Sicherheit sind auch heute nicht selbstverständlich und erfor-

dern neue Anstrengungen. Zwar hat sich durch das Auseinanderfallen des kommunistischen Ostblocks und das Entstehen neuer Staaten in Osteuropa die sicherheitspolitische Lage verbessert, was weitreichende Abrüstungserfolge ermöglicht hat, die wir auch stärker herausstellen müssen. Andererseits werden durch den Balkankrieg drastisch die neuen Instabilitäten und neuen Gefahren für Frieden und Sicherheit in Europa deutlich.

## Weichenstellung

### von großer Bedeutung

Die Entscheidung über den Verbleib der deutschen Soldaten in den integrierten AWACS-Verbänden ist eine Weichenstellung, die in ihrer Bedeutung durchaus mit dem Nachrüstungsbeschluß der NATO vor 10 Jahren vergleichbar ist. Deutschland als eines der großen Länder in der Mitte Europas mit vielen Nachbarn darf keinen Sonderweg gehen. Entscheidend für unsere Sicherheit und Stabilität ist unsere Bündnisfähigkeit mit gleichen Rechten und Pflichten. Wir müssen grundsätzlich dazu bereit sein, im Bündnis auch neue zusätzliche Verpflichtungen zu übernehmen, wenn dies sicherheitspolitisch notwendig ist. Erst recht dürfen wir keinesfalls im Krisenfall aus bestehenden integrierten Verbänden aussteigen. Da unsere Sicherheit davon abhängt, daß unsere Bündnispartner im Krisenfall entsprechend den Bündnisverpflichtungen zu uns stehen, muß andererseits unser Einstehen zu unseren Verpflichtungen selbstverständlich sein.

Mit der Verabredung einer Klage der FDP gegen einen zu erwartenden Beschluß der Bundesregierung zum Verbleib der deutschen Soldaten in den integrierten AWACS-Verbänden wird zweifellos ein ungewöhnlicher Weg beschritten. Letztlich ist dieser Schritt die unver-

meidliche Konsequenz aus der Verweigerungshaltung der SPD und darüber hinaus auch einer von uns immer kritisierten Festlegung der FDP auf eine bestimmte verfassungsrechtliche Auslegung. Für uns als Union ist entscheidend das Ergebnis in der Sache.

**4.** Daß eine stärkere europäische Zusammenarbeit notwendig ist, gilt auch für das Problem der Wanderungsströme angesichts des Gefälles zwischen Ost und West, Süd und Nord nach dem Wegfall des Eisernen Vorhangs. Die von uns in der Asylpolitik durchgesetzte Konzeption einer stärkeren Europäisierung des Problems, indem auch wir von der Möglichkeit, in sichere Drittstaaten zurückzuweisen, Gebrauch machen, zeigt Wirkung auch bei unseren osteuropäischen Nachbarn, die zunehmend zu einer gemeinsamen Bekämpfung von Ursachen und Auswirkungen der Wanderungsströme bereit sind. Zwischen den Fraktionen ist vereinbart, daß die Neuregelung unseres Asylrechts zügig verabschiedet und spätestens zum 1. 7. 1993 in Kraft gesetzt wird.

**5.** Zu diesem Zeitpunkt kann dann auch das Schengener Abkommen ratifiziert werden. Wir müssen eine neue Qualität europäischer Zusammenarbeit für die innere Sicherheit erreichen, um unsere nationalen Anstrengungen zu ergänzen: handhabbare Gesetze einschließlich klarer Rechtsgrundlagen für den Einsatz verdeckter Ermittler und technischer Mittel, Einbeziehung des Verfassungsschutzes in die Bekämpfung organisierter Kriminalität, Verbesserung von Ausstattung und Besoldung der Polizei von Bund und Ländern. Viele Deliktbereiche — Rauschgifthandel, Geldfälschung, Verschiebung hochwertiger Güter, Milieukriminalität im Umfeld der Prostitution — werden mehr und mehr von kriminellen Organisationen

beherrscht, für die Grenzen längst kein echtes Hindernis mehr sind. Insofern stellt Europa heute einen einheitlichen kriminalgeographischen Raum dar. Daher wird sich die innere Sicherheit in unseren Ländern auf Dauer nur gewährleisten lassen, wenn es zu einer europäischen Kooperation der Sicherheitsbehörden kommt. Dazu müssen wir national, europäisch und international die notwendigen Instrumentarien aufbauen. Die Lehren der zurückliegenden Monate sind eindeutig. Wenn sich die Regierungskoalition auf die vorrangigen Probleme konzentriert und die notwendigen Entscheidungen konsequent und geschlossen durchsetzt, wird es gelingen, der vorhandenen Verunsicherung erfolgreich entgegenzuwirken. Die Bürger sind bereit, belastende Entscheidungen zu akzeptieren, wenn wir den Kurs klar bestimmen und Perspektiven aufzeigen.

### SPD hat Probleme mit der Wirklichkeit

Die SPD hat sich mit ihren alten Antworten noch nicht auf die tiefgreifenden Veränderungen eingestellt. Sie hat Probleme mit der Wirklichkeit, wie ihr Fraktionsvorsitzender Klose einmal gesagt hat. Wer nicht auf der Höhe der Probleme der Zeit ist, ist nicht regierungsfähig. Mit ihrer Weigerungs- und Blockadestrategie wird die SPD keinen Erfolg haben, weil die Union, weil die Koalition sich gegen diese Strategie durchsetzen kann, wenn sie die notwendige Geschlossenheit aufbringt. Dieser Geschlossenheit der Union und der notwendigen Kompromißbereitschaft innerhalb der Koalition verdanken wir die Erfolge der letzten Zeit.

Unsere Aufgaben sind groß, unsere Verantwortung ist es ebenso. Groß sind aber auch unsere Chancen — es kommt darauf an, daß wir sie zu nutzen verstehen.

# Erfolg für Deutschland – Solidarpakt-Klausur schafft Klarheit!

**Der Bundesfachausschuß „Wirtschaftspolitik“ hat am 17. März 1993 die Ergebnisse der Solidarpakt-Klausur vom 11. bis 13. März mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Joachim Grünewald, beraten. Die Vorsitzende, Christa Thoben, stellt zu den Ergebnissen fest:**

**1.** Der Bundesfachausschuß „Wirtschaftspolitik“ wertet die Ergebnisse der Solidarpakt-Klausur als einen ersten wichtigen Eckpfeiler für die weitere Bewältigung der gewaltigen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht. Die rasche Verwirklichung des Solidarpaktes dient der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Angesichts einer noch nicht in Schwung gekommenen Weltwirtschaft verstärken sich auch bei uns Signale einer wirtschaftlichen Abflachung in den westlichen Bundesländern.

Eine wachsende und starke Wirtschaft ist aber notwendig, um die finanziellen Mittel für den Aufschwung Ost zu erwirtschaften. Gleichzeitig ist eine sichere finanzielle Grundlage in den neuen Ländern unverzichtbar, denn ein verzögerter Aufbau der neuen Länder würde die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Deutschland gefährden und alle in Ost und West betreffen. Der Aufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern und die Stärkung der Wachstumskräfte in den alten Bundesländern stehen in einem unauflösbaren inneren Zusammenhang.

**2.** Die Sicherung und Stärkung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes

Deutschland ist der zweite zentrale Eckpfeiler des Solidarpaktes für Deutschland. Die deutsche Wirtschaft mit ihren hohen Lohn- und Lohnnebenkosten, geringen Maschinenlaufzeiten, hohen Steuerlasten und einer perfektionierten Bürokratie muß sich in einem immer härter werdenden internationalen Wettbewerb behaupten.

Das Standortsicherungsgesetz ist zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze deshalb unverzichtbar. Angesichts der aktuellen konjunkturellen Entwicklung gibt es keine überzeugenden Gründe, das Standortsicherungsgesetz, das aufkommensneutral gegenfinanziert wird, zu blockieren.

Gerade die im internationalen Vergleich hohen Spitzensteuersätze stellen ein psychologisches Investitionshemmnis für in- und ausländische Investoren dar. Die Absenkung der Höchststeuersätze auf gewerbliche Einkommen fördert die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit die Sicherheit der Arbeitsplätze.

**3.** 40 Jahre sozialistische Mißwirtschaft haben einen Schuldenberg aus Kreditabwicklungsfonds und aus den Aufgaben der Treuhandanstalt in Höhe von rund 400 Milliarden DM zuzüglich 30 Milliarden DM an Schulden des Wohnungssektors in den neuen Bundesländern entstehen lassen, die es ab 1995 unabweisbar zu verzinsen und zu tilgen gilt. Darüber hinaus war die Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zum 1. Januar 1995 unabweisbar, um die langfristige

Finanzierung des Aufbaus der neuen Bundesländer auf eine dauerhafte und tragfähige Grundlage zu stellen. Den neuen Bundesländern wird dadurch ermöglicht, selbst das ihre zur Herstellung gleicher Lebensverhältnisse zu leisten. Ab 1995 müssen wir daher einen Finanzbedarf in Höhe von rund 110 Milliarden DM bewältigen.

Einsparungen und Umschichtungen in allen Bereichen der öffentlichen Haushalte müssen der erste Schritt zur Finanzierung dieser Aufgaben sein. Denn was an Einsparungen und Umschichtungen gegenwärtig erzielt werden kann, braucht in der Zukunft nicht durch zusätzliche Steuereinnahmen gedeckt werden. Die vereinbarten Einsparungen in Höhe von rund neun Milliarden DM sind vor diesem Hintergrund das mindeste, was an Einsparungen realisiert werden muß. Nur dadurch haben die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft die Sicherheit, daß es vor 1995 zu keiner zusätzlichen Ertragsbesteuerung kommt.

### Verlässliche Orientierung

**4.** Alle Bürger in Deutschland, Wirtschaft und Gewerkschaften haben nun einen verlässlichen Orientierungsrahmen für die Zukunft. Alle Gruppen der Gesellschaft — Arbeiter, Arbeitnehmer, Beamte, Selbständige, Unternehmer, Freiberufler und Politiker — werden entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der finanziellen Bewältigung der Erblasten beteiligt. Aus den öffentlichen Haushalten fließen in diesem Jahr rund 180 Milliarden DM in die neuen Bundesländer. An der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben sind aber vor allem die Bezieher höherer Einkommen überproportional beteiligt, denn 28 Prozent der Steuerpflichtigen tragen bereits heute über 70 Prozent der Lohn- und Einkommensteuerlast.

Über die Sozialversicherung werden zwar über 55 Milliarden DM von West nach Ost transferiert, es trifft aber nicht zu, daß nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten über ihre Solidarbeiträge den Aufbau Ost finanzieren. Selbständige sind dadurch beteiligt, daß sie in aller Regel auch Arbeitgeber sind, die über den Arbeitgeberanteil der von ihnen Beschäftigten zur Finanzierung des Sozialversicherungssystems herangezogen werden.

Auch die Beamten leisten durch die Verschiebung der Gehaltsanpassung um vier Monate über eine entsprechende Entlastung der öffentlichen Haushalte einen Solidarbeitrag.

### Ab 1995 Solidaritätszuschlag

**5.** Zur Bedienung der Altschulden des Sozialismus, die in einem Erblastentilgungsfonds zusammengeführt werden, ist ab 1995 die Einführung eines Solidaritätszuschlages für die Lohn-, Einkommen-, Körperschaftsteuer in Höhe von 7,5 Prozent verabredet. Da sich der Solidaritätszuschlag an der Progression des Einkommensteuertarifs anlehnt, sind die Bezieher von niedrigen Einkommen vom Solidaritätszuschlag ausgenommen. Er ist auch allen anderen Finanzierungsinstrumenten überlegen.

Die Forderung nach einer sofortigen Einführung einer Ergänzungsabgabe für Beserverdienende und einer Arbeitsmarkt-abgabe ist deshalb sozial unausgewogen, in der gegenwärtigen Phase konjunkturpolitisch nicht vertretbar. Außerdem würden die zu erwartenden Einnahmen nicht zur Bedienung der Erblasten des Sozialismus ab 1995 eingespart, sondern jetzt aufgebraucht und damit ab 1995 fehlen.

**6.** Es ist zu begrüßen, daß die SPD ihre Mitwirkung bei der Bekämpfung des Wildwuchses im sozialen System zuge-

sagt hat. Wenn es gelingt, im Bereich sozialer und wirtschaftlicher Leistungen den Mißbrauch jetzt ernsthaft zu bekämpfen, brauchen soziale Regelleistungen nicht gekürzt zu werden. Das Durchforsten von Sachleistungen muß dabei Vorrang vor der Absenkung von Regelleistungen haben.

## Mehr Wohnungsbau

**7.** Bund, Länder und Gemeinden in den neuen und den alten Bundesländern sowie die Parteien haben mit Klärung des Finanzbedarfes sowie den dafür notwendigen Maßnahmen ihren Beitrag zur Schaffung eines verlässlichen und sozial ausgegogenen Orientierungsrahmens erbracht. Der Solidarpakt für Deutschland bringt auch eine deutliche Verbesserung der Wachstumsgrundlagen. Die Versicherungs- und Kreditwirtschaft haben im Rahmen der Solidarpaktgespräche zugesagt, jeweils 1 Milliarde DM für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Die Planungen aller Wirtschaftsbereiche sehen für 1993 eine Steigerung der Investitionen um 30 Prozent auf rund 130 Milliarden DM vor. Die jüngste Diskontsatzsenkung der Bundesbank setzt darüber hinaus ein weiteres Signal zur Stärkung der Wachstumskräfte.

Nun sind die Tarifpartner gefordert, die ihren Beitrag zum Solidarpakt noch nicht erbracht haben. Der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst über dreiprozentige Lohn- und Gehaltserhöhungen im Westen und in der Chemiebranche im Osten über neun Prozent haben einen klaren Orientierungsrahmen geschaffen, der stärker als im vergangenen Jahr die finanziellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt. An die anderen Gewerkschaften appellieren wir daher, auf diesen Kurs der tarifpolitischen Vernunft einzuschwenken.

Die Gewerkschaften können jetzt ihre

Solidarität mit den Arbeitnehmern, aber auch den Arbeitslosen in den neuen Bundesländern unter Beweis stellen. Angesichts der konjunkturellen Entwicklung und der schwierigen Lage der Unternehmen in den neuen Bundesländern müssen sich die Gewerkschaften fragen, ob die unter günstigeren Annahmen getroffenen Lohn- und Gehaltserhöhungen heute noch realistisch sind. Wer in der gegenwärtigen Situation überhöhte Lohn- und Gehaltsanhebungen fordert, trägt letztlich die Verantwortung für den Wegfall von Arbeitsplätzen. Die Tarifvertragsparteien, insbesondere die Gewerkschaften, sind deshalb aufgefordert, sich in ihren Verhandlungen stärker an beschäftigungs- und betriebsnahen Anforderungen zu orientieren.

## Keine Nachbesserungen

**8.** Nachbesserungen zum gerade verabschiedeten Solidarpakt — wie sie jüngst von Vertretern der SPD gefordert wurden — sind klar und unmißverständlich abzulehnen. Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland dürfen auch von der SPD die Einhaltung der getroffenen Entscheidungen erwarten. Der Mitverantwortung für die Zukunft Deutschlands werden auf Dauer nur die gerecht, die die Politik zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland und zur Förderung der Wachstumskräfte nicht blockieren. Im Interesse Deutschlands muß es darum gehen, vordringliche Gesetzesvorhaben, wie das Standortsicherungsgesetz, schnell wirksam werden zu lassen.

**9.** Allen wirtschaftlich Verantwortlichen muß es darum gehen, die gemeinsam getroffenen Entscheidungen gemeinsam zu vertreten und umzusetzen, damit wir auf dem Weg zur Vollendung der inneren Einheit vorankommen und über die Stärkung der Wachstumsgrundlagen das Wohlstandsgefälle überwinden. ■

# Gemeinschaftsinitiative Zukunftsstandort Deutschland

**Nach dem Solidarpakt, dem Gesamtkonzept zur Lösung der Finanzierungsfragen der Deutschen Einheit und zum Aufbau der jungen Bundesländer, starten wir jetzt eine Gemeinschaftsinitiative für den Zukunftsstandort Deutschland. Bundeskanzler Helmut Kohl hat zu dieser Initiative eingeladen und bis zum Herbst einen umfassenden Standortbericht angekündigt.**

Bund, Länder und Gemeinden, die politischen Parteien, die Tarifpartner, Verbände und Gruppen sollen hierzu ihre eigenen konkreten Beiträge auf den Tisch legen. Es muß ein Ruck durch das Land gehen, ein neuer Wille zur Leistung muß deutlich werden. Aufschwung spielt sich vor allen Dingen in den Köpfen ab und hängt entscheidend von der Einstellung ab.

● **Die Frage der Arbeitszeit** wird ein Prüfstein für die Beweglichkeit unserer Gesellschaft sein. Das gilt auch für die Lebensarbeitszeit, die nicht tabuisiert werden darf. Gerade wenn es darum geht, die notwendige Pflegeversicherung einzuführen, stellt die Diskussion um die Arbeitszeit keinen Anschlag auf den Sozialstaat dar. Wir dürfen nicht verkennen, daß das tatsächliche Ruhestandsalter heute oft deutlich unter der Altersgrenze von 65 Jahren liegt. Zum anderen haben der medizinische Fortschritt und bessere Arbeitsbedingungen die tatsächliche Erwerbsfähigkeit älterer Menschen auch über 65 Jahre hinaus deutlich gesteigert. Beides in Einklang zu bringen, ist

finanziell und sozialpsychologisch eine Überlebensfrage für eine älter werdende Gesellschaft.

● **Mit der Pflegeversicherung** soll ein großes Lebensrisiko solidarisch abgesichert werden. Die ohnehin hohen Arbeitskosten dürfen dadurch nicht weiter ansteigen. Was dazu bisher von dritter Seite zu hören war, ist schlicht beschämend. Der SPD fällt nichts anderes als eine weitere Belastung der Lohnkosten ein, die Arbeitsplätze gefährdet. Die Tarifpartner empfinden es offenbar als Zumutung, ernsthaft nach einem Ausgleich zu

**Von Jürgen Rüttgers, Erster  
Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion**

suchen. Die Kirchen hängen an den Feiertagen, verzichten aber gleichzeitig darauf, für andere Wege zu werben, begrenzte und im Vergleich zum Pflegefall geringere Risiken wieder in die Eigenverantwortung zurückzugeben. Wer ernsthaft eine Lösung will, kann sie nur im Bereich der Eigenbeteiligung bei der Lohnfortzahlung anstreben.

● Themen wie Pflegeversicherung und Arbeitszeit, vor allem aber der Amoklauf in der ostdeutschen Metallindustrie, zeigen, daß die **Tarifparteien am Scheideweg** stehen. Jeder weiß, daß die Produktivität die früher vereinbarten Lohnanpassungen nicht hergibt. Jeder weiß auch, daß eine vertretbare Perspektive für die Lohn-

angleichung wichtig für das wirtschaftliche Überleben dieser Industrie ist. Dennoch erleben wir Säbelrasseln statt vernünftiger Verhandlungen. Ein anderes Beispiel: **Wir brauchen in den nächsten Jahren überdurchschnittliche Investitionen.** Das setzt überdurchschnittliche Gewinne voraus. Wer dieser ökonomischen Grundeinsicht mit Sozialneidkampagnen zu Leibe rückt, spielt mit der Zukunft unserer Arbeitsplätze. Richtig wäre, neue Elemente der Tarifpolitik, wie den Investivlohn, endlich ernsthaft zu erproben, um die Verteilungskonflikte zu entschärfen.

● Ich kann mir keinen **Energiekonsens** vorstellen, der die Option für eine neue Generation von Kernreaktoren oder für die Weiterentwicklung der heute betriebenen Reaktorlinie versperrt. Es wäre unverantwortlich, wenn sich ausgerechnet ein Hochtechnologieland mit sicherster Reaktortechnik aus der Nutzung der Kernenergie verabschieden würde, ohne die weder die globalen Energie- noch die Umweltprobleme lösbar sind. Ein wichtiger Fortschritt wäre es schon, wenn die Gespräche einen vernünftigen Entsorgungskonsens voranbringen könnten.

● **Auf das 13. Schuljahr sollten wir verzichten.** Und dies auch deutlich sagen. Denn wenn die Ministerpräsidenten der Länder diese Entscheidung bis 1995 hinauszögern, werden die heutigen Schüler morgen die großen Verlierer sein. Die berufliche Ausbildung in Deutschland ist nach wie vor Spitze. Schule und Hochschule dagegen sind im internationalen Vergleich zurückgefallen. Die Aufwertung der Fachhochschulen, mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb für die Universitäten sind hier vordringliche Aufgaben. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob die Einkommensprämien für einen Uni-Absolventen gegenüber dem Facharbeiter und dem

Fachhochschul-Ingenieur wirklich noch zeitgemäß sind.

● Wir brauchen einen **schlanken und modernen Staat**, der bei seinen Aufgaben abspeckt und in seinen notwendigen Funktionen effizienter arbeitet. Deshalb müssen wir zur Entbürokratisierung, Beschleunigung und Kostensenkung vermehrt nach privatwirtschaftlichen Alternativen suchen. Ein Beispiel ist der Wohnungs- und Grundstücksbesitz. Die Bundesvermögensverwaltung wird nach meiner Einschätzung mehr und mehr zu einem Investitionshemmnis erster Güte. Dies gilt für Ost wie für West. Ich vermute, wenn wir den Verkauf staatlicher Grundstücke Fachleuten aus der Privatwirtschaft übertragen, ist das Problem schnell gelöst. Wenn es sein muß, müssen wir für einen solch unkonventionellen Weg auch bereit sein, die Haushaltsordnung zu ändern. Wohnungsnot beklagen und Grundstücke horten, paßt eben nicht zusammen. Der Staat ist in noch zu vielen Bereichen selbst unternehmerisch tätig. Hier muß entschlossener als bisher privatisiert werden.

● Notwendig sind zusätzliche **Privatisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen**, bei der öffentlichen Infrastruktur ebenso wie im Bereich bislang vom Staat monopolisierter Dienstleistungen. Die Palette reicht von der Arbeitsvermittlung bis zum technischen Gutachterwesen. Wir brauchen kürzere Genehmigungsverfahren und straffere Verträglichkeitsprüfungen.

● **Die Steuer- und Abgabenbelastung** muß mittelfristig wieder sinken. Dies setzt einen weiteren rigiden Sparkurs der öffentlichen Haushalte, auch im Sozialbereich, voraus. Wie nach 1982 wird die Koalition auch nach 1995 jeden Spielraum, den die notwendige Konsolidierung der Staatsfinanzen läßt, für eine Reform nutzen, die persönliche Leistung belohnt. ■

# Zehn Argumente zum Kündigungsschutz

Für Arbeiter und Angestellte gelten bislang sehr unterschiedliche gesetzliche Kündigungsfristen. Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber daher aufgefordert, einheitliche Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte herbeizuführen. Den Tarifpartnern steht es jedoch frei, eigenständig andere Regelungen zu treffen.

Eine Nivellierung der Kündigungsfristen auf höchstem Niveau, wie sie von Teilen der Gewerkschaften gefordert wird, würde die betriebliche Flexibilität zu stark behindern und letztlich die Beschäftigungsaussichten für Arbeitslose verschlechtern. Eine Regelung zu Lasten der Arbeitslosen kommt aber für Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und für die CDU nicht in Frage.

## Das ist unser Vorschlag:

- Die Kündigungsfrist während der Probezeit (bis 6 Monate) soll zwei Wochen betragen.
- Die Grundkündigungsfrist soll 4 Wochen betragen.
- Die verlängerten Kündigungsfristen für die Arbeitgeberkündigungen sollen betragen — bei
  - ▶ 2jähriger Betriebszugehörigkeit: 1 Monat zum Monatsende,
  - ▶ 5jähriger Betriebszugehörigkeit: 2 Monate zum Monatsende,
  - ▶ 8jähriger Betriebszugehörigkeit: 3 Monate zum Monatsende,

- ▶ 10jähriger Betriebszugehörigkeit: 4 Monate zum Monatsende,
- ▶ 12jähriger Betriebszugehörigkeit: 5 Monate zum Monatsende,
- ▶ 15jähriger Betriebszugehörigkeit: 6 Monate zum Monatsende,
- ▶ 20jähriger Betriebszugehörigkeit: 7 Monate zum Monatsende.

Berechnet wird die Betriebszugehörigkeit vom 25. Lebensjahr an.

Von diesen Regelungen bleibt die Frage der materiellen Kündigungsgründe (warum kann gekündigt werden?) völlig unberührt. Der Kündigungsschutz bleibt also in vollem Umfang erhalten. Was die Fristen anbetrifft, so ergeben sich für Millionen von Arbeitnehmern Verbesserungen.

## Das sind unsere Argumente:

- 1.** Der gesetzliche Kündigungsschutz unterscheidet Arbeiter und Angestellte. Diese Unterscheidung stammt aus dem 19. Jahrhundert.
- 2.** Das Verfassungsgericht hat schon 1990 den Auftrag zur Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten gegeben.
- 3.** Wenn der Gesetzgeber nicht handelt, entscheiden ab 30. Juni die Arbeitsgerichte.
- 4.** Die Tarifpartner bleiben in der Gestaltung der Kündigungsfristen auch weiterhin frei.
- 5.** Für alle Arbeiter in Ost und West verbessern sich die gesetzlichen Mindest-

## Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Anlässlich des „Europäischen Jahres der älteren Menschen und der Solidargemeinschaft der Generationen“ veranstaltet die Konrad-Adenauer-Stiftung — in Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen in Belgien, in den Niederlanden und in Deutschland — eine „Aktionswoche“.

Thema und Termin:

### Nicht von gestern — Europas Senioren in Aktion

10. bis 14. Mai 1993

Die Veranstaltungsorte im einzelnen:

- am 10. Mai: Aachen
- am 11. Mai: Eupen
- am 12. Mai: Heerlen
- am 14. Mai: Sankt Augustin

Themen, die in Aachen u. a. zur Sprache kommen: „Senioren schreiben in der Tageszeitung“, „Senioren und Studium“ und „Alt hilft Jung“. In Eupen geht es z. B. um „Kunst und Alter“,

„Ehrenamt im Alter“ und „Senioren und Mitbestimmung“. Für Heerlen sind Themen wie „Mehr Bewegung für Senioren“, „Wohnen und Pflege“ sowie „Pflege psychogeriatrischer Patienten“ vorgesehen. Das Programm

## Konrad-Adenauer-Stiftung

für den abschließenden Teil in Sankt Augustin umfaßt Themen wie „Der demographische Wandel in Europa“ und „Kompetenz im Alter“.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung  
Hauptabteilung Bildungswerke  
Schloß Eichholz, Postfach 1331  
W-5047 Wesseling**

kündigungsfristen. Das ist eine Verbesserung für 15 Millionen Arbeiter.

**6.** Auch für alle Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern verbessern sich die gesetzlichen Kündigungsfristen, denn bisher galten für sie die Arbeiterfristen. Das ist eine Verbesserung für zusätzlich 3,1 Millionen Angestellte in den neuen Bundesländern.

Insgesamt gibt es also Verbesserungen für über 18 Millionen Arbeitnehmer.

**7.** In 80 Prozent der Angestelltentarife sind die bisherigen gesetzlichen Fristen tarifvertraglich abgesichert. Daran ändert sich nichts. Die Regelungen im Tarifvertrag bleiben unberührt.

**8.** Die jetzt im Gesetzentwurf vorgese-

henen Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte liegen zum Teil wesentlich über den im Chemievertrag vorgesehenen Fristen. (Bei der Grundkündigungsfrist 4 Wochen, im Chemievertrag bei unter 2jähriger Betriebszugehörigkeit 2 Wochen. In den ersten 3 Monaten der Probezeit in unserem Gesetzesvorschlag 2 Wochen, im Chemievertrag 3 Tage.) Diesen Tarifvertrag haben IG Chemie und DAG unterschrieben.

**9.** Der Gesetzesvorschlag ist Beitrag zur Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten.

**10.** Der Gesetzesvorschlag ist ein wichtiger Beitrag zur Vereinfachung des gesetzlichen Kündigungsrechts und damit auch zur sinnvollen Deregulierung. ■

## „Probleme mit der Wirklichkeit“:

# SPD kapituliert vor organisiertem Verbrechen

**Mit der „Petersberger Wende“ versuchte SPD-Chef Engholm, die Realitätsverweigerung der SPD in einigen Punkten zu durchbrechen. Heute ist von den Kursänderungen nicht mehr viel übrig geblieben.**

Noch im August des vergangenen Jahres hatte Björn Engholm erklärt: „Es geht nicht mehr anders. Wenn ich sehe, wie vor allem Drogendealer sich unter jungen Menschen ihre Opfer geradezu heranzüchten, stelle ich manche Bedenken zurück.“ Er sei bereit, so Engholm weiter, „mehr staatliche Härte walten zu lassen, als das anderen — auch in meiner Partei — lieb ist“. (General-Anzeiger Bonn, 31. 8. 92)

„Ich möchte bis an die Grenze dessen gehen, was von der Verfassung her gedeckt ist. Wir registrieren eine starke Zunahme der internationalen Kriminalität.“ (Süddeutsche Zeitung, 7. 9. 92)

„Verdeckte Ermittler, Abhöranlagen und Überwachungskameras müssen möglich sein.“ (Süddeutsche Zeitung, 31. 8. 92)

## SPD-Innenpolitiker für Lauschangriff

Unterstützung für diese Position erhielt Engholm vor allem von den Innenpolitikern der SPD:

„Großer Lauschangriff ist notwendig, um Mafia-Aktivitäten wirkungsvoll begegnen zu können“, erklärte der niedersächsische Innenminister Glogowski. Die SPD werde nicht darum: herum kommen, die Diskussion über die Zulässigkeit des

sogenannten großen Lauschangriffs zu führen. (Presseinformation des niedersächsischen Innenministeriums, 19. 1. 93) Auch der baden-württembergische Innenminister Frieder Birzele (SPD) hält Lauschangriffe in „gewissem Umfang“ bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität für notwendig. (ddp, 31. 3. 93)

## 32 Fälle in NRW

In den USA ist es gelungen, durch den Einsatz technischer Mittel in Wohnungen bis in die Führungsetagen des organisierten Verbrechens vorzudringen. Aus diesem Grund befürwortet auch Nordrhein-Westfalens Innenminister Schnoor (SPD) mittlerweile das Abhören von Wohnungen. Allein in Nordrhein-Westfalen hätte man 1992 damit in 32 Fällen bis zur Spitze der organisierten Kriminellen gelangen können. (Die Welt, 29. 3. 93)

## Zurück zur Blockadepolitik

Doch Engholm hat offenkundig nicht die Kraft, den von ihm als richtig erkannten Kurs durchzusetzen. Auf Druck der Parteilinken fiel er im ZDF jetzt wieder um: „Der große Lauschangriff ist eine Verkürzung, die uns wegführt von der eigentlichen Grundstruktur, die wir entwickeln müssen, um die verschiedenen Formen der Kriminalität erfolgreicher zu bekämpfen.“ (ZDF, 31. 3. 93)

Auf Abhöperationen zu verzichten, so der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft Hermann Lutz, „heißt auch, offen den Menschen zu sagen, daß sie mit dem Risiko der organisierten Kriminalität leben müssen und daß man hier Milliardenbeträge am Staat vorbei verdienen darf, die letztlich der gesamten Gemeinschaft entzogen werden“. (Neue Rheinzeitung, 31. 8. 92)

## Aktionsbeispiele aus den CDU-Verbänden



Michael Fuchs, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (links), und Dieter Kretschmer, Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz

### Streitgespräch auf dem Landesparteitag

**Experiment gelungen — Diskussion angeregt: Auf diesen kurzen Nenner kann man das Streitgespräch bringen, das erstmals auf einem rheinland-pfälzischen Parteitag arrangiert wurde.**

Zwei Experten stritten am 20. März über den richtigen Weg zur Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Die Delegierten hörten aufmerksam zu — und der zweite Tag des 43. Landesparteitages der CDU Rheinland-Pfalz in Landau, der als Schwerpunkt das Wirtschaftsthema hatte, war engagiert und interessant eingeleitet.

Das war das Verdienst des Landesvorsitzenden Werner Langen, der die Idee für das Experiment hatte. Das war aber auch das Verdienst der beiden

konträren Streithähne: Auf der einen Seite Dr. Michael Fuchs, der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels; auf der anderen Seite Dieter Kretschmer, Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz.

Das Wortgefecht, das die Grundlage der Diskussion über wirtschaftspolitische Thesen legte, machte die beiden unterschiedlichen Positionen schnell deutlich.

Der Mann der Wirtschaft, der angesichts der konjunkturellen Lage gegen zusätzliche Erhöhungen der Lohnnebenkosten plädierte. Und der Mann der Gewerkschaft, der Fehler eher im Management sieht und eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer bei Entscheidungsprozessen forderte.

Die Diskussion war heiß — und die Delegierten im richtigen Schwung für die anschließende Aussprache.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1



● **Europa-Fahne:** Größe: 3 m x 2 m, Bestell-Nr.: 0550, Verpackungseinheit: 1 Exemplar, Preis je Verpackungseinheit: 62,— DM. Alle Preise inkl. Versand zuzüglich Mehrwertsteuer. Bestellungen an: per Fax (05423) 4 1521 oder IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold.

# UID

12/1993

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** WA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.